



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

23. April 2015

Olympia: Visionsersatz & Besseres +++ Weiter so – mit Grün +++ 1. Mai-Demos +++ Hamburgs Osten als Modell? +++

Gefahrengebiete auflösen!

Von Christiane Schneider



Demo am 18.1.2014 (Foto: Christiane Schneider)

Am 17. April befasste sich das Hamburger Obergericht grundsätzlich mit der Problematik »Gefahrengebiet«. Anlass bot die Klage einer Schanzen-Bewohnerin, die im April 2011 in einem Gefahrengebiet im Schanzenviertel ohne Anlass kontrolliert und durchsucht worden war. Seine Entscheidung wird das Gericht voraussichtlich am 13. Mai verkünden. Nach der sehr kritischen Erörterung am 17. April ist aber damit zu rechnen, dass dieses polizeiliche Instrument, zumindest in seiner jetzigen Form, nicht länger aufrechterhalten werden kann. Die Richter kritisierten die verdachtsunabhängigen Kontrollen, Durchsuchungen, Aufenthaltsverbote und Ingewahrsamnahmen als erhebliche Eingriffe in die Grundrechte und ließen erkennen, dass sie die Ausweisung

von Gefahrengebieten durch die Polizei für verfassungswidrig halten. 51-mal hat die Polizei bisher von ihrem Recht Gebrauch gemacht, Orte, Straßenzüge oder gleich ganze Stadtteile zum Gefahrengebiet zu erklären. Die Ermächtigung dazu wurde 2005 im Gesetz verankert,¹ doch schon vorher gab es Gefahrengebiete, seit 1995 z.B. in St. Georg.

¹ In § 4, Identitätsfeststellung und Prüfung von Berechtigungsscheinen, des Gesetzes über die Datenverarbeitung der Polizei heißt es unter (2): »Die Polizei darf im öffentlichen Raum in einem bestimmten Gebiet Personen kurzfristig anhalten, befragen, ihre Identität feststellen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen, soweit auf Grund von konkreten Lagekenntnissen anzunehmen ist, dass in diesem Gebiet Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen werden und die Maßnahme zur Verhütung der Straftaten erforderlich ist. (...)«

Die Linksfraktion setzt sich seit 2009 (2008 waren wir erstmals in die Bürgerschaft eingezogen) kritisch damit auseinander. Wir haben viele Anfragen dazu gestellt und die Praxis der Gefahrengebiete umfangreich dokumentiert (siehe www.grundrechte-kampagne.de).

Aber erst Anfang 2014 hat die Kritik eine breite Öffentlichkeit, in Hamburg und bundesweit, erreicht. Damals hatte, nach einem angeblichen Angriff auf die Davidwache, die Polizei das bisher größte Gefahrengebiet errichtet, von dem rund 80.000 AnwohnerInnen in St. Pauli und dem Schanzenviertel betroffen waren. Sie stieß mit dieser drastischen und provokativen Demonstration der Staatsgewalt auf einen breit getragenen, friedlichen, subversiven, kreativen Widerstand im betroffenen Gebiet und auf eine sehr massive Kritik, die insbesondere von den großen überregionalen liberalen Tageszeitungen sowie von juristischer Seite vorgebracht wurde.

Nach der kritischen Erörterung des Oberverwaltungsgerichts hat DIE LINKE den Senat aufgefordert, die derzeit bestehenden drei Gefahrengebiete in St. Georg, St. Pauli (Vergnügungsviertel) und St. Pauli unverzüglich aufzulösen und die darauf gestützten Polizeimaßnahmen zu stoppen. Wir wollen keine »Reform«, sondern die Abschaffung dieses polizeilichen Instruments des Gefahrengebiets. Dafür will ich drei grundlegende Argumente nennen:

Erstens ist dieses **polizeiliche** Instrument ein sehr **politisches** Instrument: eine Ermächtigung der Polizei, nicht nur in einem »bestimmten Gebiet« verdachts- und anlasslos Bürgerrechte, Persönlichkeitsrechte einzuschränken, sondern damit Politik zu machen. Das trifft nicht nur für das oben genannte große Gefahrengebiet Anfang 2014, sondern für sehr viele der bisherigen Gefahrengebiete zu. Wenn die Polizei per Gesetz ermächtigt ist, Zielgruppen festzulegen, um sie dann systematisch zu kontrollieren, wenn sie etwa im Dauer-Gefahrengebiet St. Georg, das mit »Lageerkenntnisse(n) zu Drogenkriminalität« begründet wird, allein über 100.000 Aufenthaltsverbote erteilt hat, dann macht sie natürlich Politik. Dann versucht sie, soziale Probleme durch die systematische Verdrängung von Junkies polizeilich zu »lösen«. Vor allem aber schaffte sie mit dieser Verdrängungspolitik eine Voraussetzung für die Gentrifizierung St. Georgs. Damit wurden der Polizei Befugnisse zugestanden, die sie in einer demokratischen Republik nicht haben darf. Deshalb muss die Ermächtigungsgrundlage aus dem Gesetz gestrichen werden.

Zweitens ist die polizeiliche Ermächtigung durch das Gesetz nicht, wie rechtsstaatlich zu verlangen, begrenzt und präzise, sondern weitreichend und unpräzise. Je weitreichender polizeiliche Ermächtigungen ausfallen und je unpräziser sie ausgestaltet sind, desto größer ist die Gefahr willkürlichen polizeilichen Handelns. Da die polizeilichen Kontrollen im Gefahrengebiet nicht aufgrund **konkreter** Verdachtsmomente erfolgen, sondern verdachtsunabhängig, gibt es keine sinnvollen Kriterien für die Auswahl der zu kontrollierenden Personen. Wir haben in unseren Kleinen Anfragen immer wieder nach »Zielgruppen« polizeilicher Kontrollen gefragt und unter anderem folgende Antworten erhalten, die an Unbestimmtheit kaum zu übertreffen sind:

»Personengruppen, die augenscheinlich nach ihrem äußeren Erscheinungsbild und/oder ihrem Auftreten der linksradikalen/-autonomen Szene zugeordnet werden können«,

»16-35-jährige Personen in Gruppen (ab drei Personen), die eine Gefahrenneigung erkennen lassen«,

»Potentielle BTM-[Betäubungsmittel]-Dealer im Alter zwischen 16 und 40 Jahren, ... die wiederkehrend, scheinbar beliebig, Präsenz im Gefahrengebiet zeigen ...«, undsoweiterund-sofort.

Die Kontrolltätigkeit wird durch Pauschalverdächtigungen geleitet, und infolgedessen werden bestimmte Personengruppen, z.B. DrogenkonsumentInnen, stigmatisiert. Ganze Stadtteile werden als »gefährlich« gebrandmarkt. Weiterhin ist uns z.B. im ehemaligen Gefahrengebiet Bergedorf aufgefallen, dass die Kontrollen zu einem überproportional hohen Anteil jugendliche Migranten trafen. Die Gefahr von auch ethnischer Diskriminierung ist bei dieser Art verdachtsunabhängiger Kontrollen sehr hoch. Dieser Effekt der Stigmatisierung und Diskriminierung ist den verdachtsunabhängigen Kontrollen im Gefahrengebiet eingeschrieben. Auch deshalb muss die Ermächtigung aus dem Gesetz gestrichen werden.

Drittens werden die Ursachen von Kriminalität durch die Errichtung von Gefahrengebieten nicht behoben. Vielmehr tritt ein bekannter Effekt auf – Beispiel Ottensen: Mit der Aufnahme verdachtsunabhängiger Kontrollen im zweiten Halbjahr 2005 stieg die Anzahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Drogendelikte um 57%. Nach Ende dieser Kontrollen sanken die Zahlen wieder um 49%. Mit anderen Orten: Die »Gefährlichkeit« eines Gebietes bestätigt sich durch die Kontrollen. Ändern tut sich nichts. Die damalige Begründung für die gesetzliche Ermächtigung zu verdachtsunabhängigen Kontrollen im Gefahrengebiet, die bessere Bekämpfung von Erscheinungen von Kriminalität, hält der Prüfung nicht stand. Auch deshalb muss sie wieder aus dem Gesetz gestrichen werden.

In der Auseinandersetzung um das Gefahrengebiet Anfang 2014 war sehr deutlich geworden, dass bei diesem weitreichenden Instrument das Prinzip der Gewaltenteilung weitgehend aufgehoben ist. Über den »kleinen Ausnahmezustand«, wie Heribert Prantl seinerzeit in der »Süddeutschen Zeitung« die Situation treffend beschrieb, entscheidet ausschließlich die Polizei, ja wenige Polizeiführer. Nicht einmal der Innenminister und der Polizeipräsident waren damals an der Entscheidung beteiligt oder auch nur rechtzeitig informiert. Das erfüllt nicht einmal Mindestbedingungen von Rechtsstaatlichkeit.

Ich bin gespannt auf das Urteil und darauf, wie der rot-grüne Senat damit umgehen wird. Unsere Forderung bleibt: Die Gefahrengebiete müssen abgeschafft werden.



Foto: C. Schneider

Olympia: Visionersatz & teurer »Leuchtturm«

Von Joachim Bischoff

Die Absegnung der neuen rot-grünen Koalition durch die Bürgerschaft war wenig überraschend, nachdem die Landesparteitage von SPD und GRÜNEN das Bündnis inklusive Koalitionsvertrag mit großen Mehrheiten gebilligt hatten. Bei den SozialdemokratInnen gab es das bekannte Ritual: Eine kurze, dröge Vorstellung des unumstrittenen Parteichefs Scholz und anschließend eine ebenso knappe »Aussprache« auf dem Parteitag. Der Koalitionsvertrag wurde von 99% der Versammelten gebilligt. Bei den GRÜNEN ging es ein wenig kontroverser zu, weil Kernanliegen der Partei (Verhinderung der Elbvertiefung, Stadtbahn, Umweltzone, Citymaut, Umgang mit den Lampedusa-Flüchtligen etc.) im Koalitionsvertrag gleich reihenweise unter den Tisch gefallen sind. Die Bürgerschaftsabgeordnete Stefanie von Berg beklagte sich über den Bereich Schule: Dort seien die GRÜNEN nicht einmal Sättigungsbeilage der SPD: »Wir sind Petersilienbegleitgrün.« Gleichwohl befürworteten am Ende der vierstündigen Debatte etwa zwei Drittel der Delegierten den Gang an die hanseatischen Hebel der Macht und die staatlichen Futterkrippen.

Die Wirtschaft freut sich: Der Vorsitzende des Industrieverbandes, Michael Westhagemann, ist »positiv überrascht, mit welcher Konsequenz der Bürgermeister am richtigen Kurs festhält. Wichtige Zielsetzungen bisheriger Senatspolitik werden auch mit grüner Regierungsbeteiligung fortgeführt.« Die Wirtschaftsverbände pochen angesichts der Nominierung der Hansestadt als nationaler Olympia-Kandidat auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. »Mit der erfolgreichen nationalen Bewerbung ist es jetzt an der Zeit, den Bau der Hafenspanne, den Anschluss der A 26 nach Stade und zur A 7 sowie Brückenmodernisierungen mit höchster Priorität voranzubringen.« Würden die Verkehrsprojekte mit einem geschätzten Investitionsvolumen von rund 15 Mrd. Euro nicht umgesetzt, brächte dies nach Berechnungen einen jährlichen

Verlust an Wirtschaftskraft (BIP) von fast 4 Mrd. Euro. Die Parole: Olympia soll den Durchbruch zum massiven Umbau der Infrastruktur bringen.

Die Gewerkschaften bleiben konstruktiv: Der DGB nimmt den Koalitionsvertrag positiv auf. »Wir begrüßen, dass die Stadt Hamburg in Zukunft ihrer Vorbildfunktion gerecht werden möchte und befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst die Ausnahme sein sollen. Hier hat unser politischer Druck Wirkung gezeigt«, sagte die DGB-Chefin Katja Karger. Mit der angekündigten Erhöhung des hamburgischen Mindestlohns und der Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes nähmen SPD und GRÜNE zwei weitere Forderungen des DGB auf. Positiv sei auch die Übernahme der Tarifiergebnisse im öffentlichen Dienst für die BeamtInnen. Dass das Thema Arbeit im Koalitionsvertrag kaum angesprochen werde, würde allerdings den Interessen und Sorgen der rund 1,2 Mio. Erwerbstätigen in Hamburg nicht gerecht – eine sehr freundliche Einordnung des Defizits in der Arbeitsmarktpolitik.

Beide Polizeigewerkschaften melden sich kritisch zu Wort und lehnen die angedachte Kennzeichnung der Polizeikräfte bei Demonstrationen strikt ab. »Das wäre eine Stigmatisierung und ein Ausdruck von allgemeinem Misstrauen, den unsere Kollegen nicht verdient haben«, meinte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Gerhard Kirsch. Die Deutsche Polizeigesellschaft (DPoIG) betont, dass auch ohne Kennzeichnung alle jüngeren Übergriffe von PolizistInnen zurückverfolgt werden könnten. Neben der Kennzeichnungspflicht wurde auf Drängen der GRÜNEN auch die Überprüfung der Polizeipraxis vereinbart, nach eigenem Ermessen so genannte Gefahrengebiete in Hamburg einzurichten. Der Senat will dabei auf die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts zurückgreifen, das sich seit dem vergangenen Jahr mit der Rechtmäßigkeit der Gefahrengebiete befasst (s.

dazu den Beitrag von Christiane Schneider in diesem BürgerInnenbrief).

Wenig Vertrauensvorschuss kommt aus dem Wissenschaftsbereich. Der Koalitionsvertrag lasse keinen Spielraum für die geforderten Verbesserungen. SPD und GRÜNE haben sich verständigt, den »Kurs der stetigen Haushaltskonsolidierung« fortzusetzen. Ebenfalls bleibe zwar der Plan bestehen, von 2011 bis 2020 gut eine Mrd. Euro in den Hochschulbau zu stecken. Doch eine Aufstockung der bisherigen Hochschulfinanzierung sei auf 40 Mio. Euro begrenzt. Für die GEW ist das nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein: »Über fünf Jahre verteilt bedeuten sie acht Millionen pro Jahr und somit nicht einmal eine Million pro Hochschule.«

Die Diakonie sieht ihr Kernanliegen – Bekämpfung von Armut und sozialer Spaltung – mit Missachtung gestraft: »Angesichts der wachsenden sozialen Spaltung in der Stadt ist es enttäuschend, dass das Thema Armut im Koalitionsvertrag nur am Rande vorkommt«, sagte Diakoniefachchef Dirk Ahrens. »Der Koalitionsvertrag gibt keine Antwort auf die Frage, wie der soziale Frieden in Hamburg gesichert und wie die Kluft zwischen Armen und Reichen verringert werden kann.« Ahrens begrüßte aber, »dass der künftige rot-grüne Senat plant, den Dialog zu den Themen Versorgung vordringlich Wohnungssuchender, Arbeitslosigkeit und Flüchtlingshilfe bereits im Vorfeld und hoffentlich ergebnisoffen zu führen.« Auch die Beschränkung von befristeten Arbeitsverhältnissen unterstütze die Diakonie.

Es gibt in der Tat eine Zunahme von Armut trotz wachsenden Reichtums. Seit längerem bilden sich benachteiligte Quartiere oder Armutsinseln aus: Billstedt, Bereiche in Wilhelmsburg und der Osdorfer Born sind Stadtteile, die mit vielen sozialen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Man müsste sich nur die Statistiken zur Arbeitslosigkeit, zum SGB-II-Bezug, fehlenden Schulabschlüssen und niedriger Wahlbeteiligung anschauen. Ein enorm wachsendes Problem ist die Altersarmut, die v.a. RentnerInnen ohne ausreichende Erwerbszeiten, betrifft, außerdem sind Verwitwete, Alleinerziehende und kinderreiche Familien, vor allem diejenigen mit Migrationshintergrund, von Armut überdurchschnittlich betroffen.

Diese Problempalette soll mit einem starren Finanzregime bewältigt werden. Ein Finanzrahmengesetz gibt die Obergrenze für den bereinigten Finanzmittelbedarf als Saldo aus allen Einnahmen – ohne Steuereinnahmen – und Ausgaben vor. Das Ausgabenwachstum bleibt wie in der letzten Periode unter einem jährlichen Zuwachs von 1% und der Personalbestand wird weiter um jährlich 250 Vollzeitkräfte reduziert. Damit setzen sich der Substanzverlust in der öffentlichen Infrastruktur, die Verminderung des Personals im öffentlichen Dienst und die restriktive Ausgabenpolitik vor allem für den Arbeitsmarkt, die Armutsbekämpfung und die Sozialausgaben fort.

All dies wird in der Koalition nicht zur Kenntnis genommen. Für den alten und neuen Bürgermeister fühlt sich die große Zustimmung zur Koalition und Vertrag natürlich »gut an«. »Das ist ein sehr schöner Auftrag, den die Bürgerschaft mir gegeben hat – über die Parteigrenzen hinweg.« Scholz

weiter: Der Koalitionsvertrag »ist eine solide Grundlage für die nächsten fünf Jahre. Man kann sicher sein, dass Hamburg auch in Zukunft gut regiert wird.« Der Koalitionsvertrag des »Gut Regierens« zeichnet sich durch Ignoranz gegenüber den Gegenwarts- und Zukunftsproblemen der Stadt aus. Eine Vorstellung auch nur über ein Hamburg 2020 als Leitfaden rot-grüner Politik sucht man darin vergebens.

Nicht zufällig ist dann auch vor dem Hintergrund der bloßen Mängelverwaltung das Projekt Olympia das einzige Highlight, das die neue rot-grüne Landesregierung den BürgerInnen anzubieten hat. »Hamburg ist eine sehr optimistische, der Zukunft zugewandte Stadt. Das zeigt sich in allem – etwa der Wirtschaftskraft oder der wachsenden Bevölkerung. Wir wollen gemeinsam diese optimistische Grundeinstellung aufgreifen und dafür sorgen, dass sich Hamburg gut fortentwickeln kann. Das hat viele Konsequenzen. Ein großes Projekt, das diesen optimistischen Geist atmet, ist sicherlich die Olympia-Bewerbung. Wenn alles gut geht, werden wir an einer zentralen Stelle in der Stadt, auf dem Kleinen Grasbrook, einen neuen Stadtteil bauen.«

Schon als die SPD seit 2011 mit absoluter Mehrheit regierte, verzichtete Scholz auf eine Zukunftsvorstellung, ein Leitbild oder eine große Vision für die weitere Stadtentwicklung. Mehr noch: Mit dem Anspruch »Hamburg muss wieder ordentlich regiert werden« hatte er bewusst auf pragmatisches Handeln gesetzt. Was Scholz von Zukunftskonzeptionen hält, machte er Anfang 2013 überdeutlich, als ihm die CDU in der Bürgerschaft vorwarf, keine Idee zu haben. »Bleiben Sie mir mit Ihren Phantasien vom Halse«, mit dieser Ablehnung fegte er die Debatte über zukünftige Projekte von Tisch. Mit dem Leitbild der wachsenden Stadt und seiner grünen Erweiterung »wachsen mit Weitsicht« die Probleme der Stadt: »Die eine heißt HSH Nordbank, die andere Elbphilharmonie. Beide haben die Stadt viel Geld gekostet.« Jetzt also ein neues Milliardengrab?

Ein griffiges Leitbild, das aussagt, wie die SPD Zukunft gestalten will mit den BürgerInnen, wie Hamburg 2020 oder 2030 aussehen soll, gibt es nicht. So lange die Stadt im Rennen um Olympia ist, kann sich der Elan auf diese »Chance« richten. Sollte Hamburg aber bei der Vergabe unterliegen, könnte sehr schnell eine große Leere entstehen, wo die Stadt zuvor noch »Feuer und Flamme« war. Dann könnte bald klar werden, dass Olaf Scholz diese Stadt zwar sehr ordentlich bespart. Mehr aber auch nicht.

Ordentlich verwalten, heißt einen beinhaltenen Sparkurs – der auf lange Sicht angelegt ist – durchzusetzen. Im Grunde könnte die SPD froh sein, wenn Hamburg nicht den Zuschlag für die Spiele erhält. Denn die Scholz-Version vom ordentlichen Regieren ist mit der Durchführung der Spiele nicht vereinbar. Olympische Spiele sind teuer. Schon die Bewerbung verschlingt ca. 50 Mio. Euro. Welche Kosten bei einer Bewerbung um die Olympischen Spiele 2024 oder 2028 auf die Hansestadt zukommen, ist derzeit unklar. Als Gesamtkosten kursiert eine Zahl von 6,5 Mrd. Euro. Dies mag für die eigentlichen Wettbewerbe reichen, aber die gesamten Infrastrukturaufwendungen sind darin nicht enthalten. Nicht

eingerechnet sind Aufwendungen für die Straßen, Verkehrsmittel oder Wohnbauten im Olympischen Dorf, Sicherheitsmaßnahmen etc. Die Handelskammer schätzt, dass die Stadt eine Milliarde Euro allein aufbringen muss – bei einem Schuldenstand von 24 Mrd. Euro und einer Schuldenbremse, die einen Investitionsrückstau und Personalabbau erzwingt. Zum Vergleich: Die Elbphilharmonie verschlingt 789 Mio. Euro.

Die Olympia-Stadt kann mit Einnahmen durch das IOC in Höhe von rund einer Milliarde sowie Sponsorengeldern und Gewinnen aus dem Ticketverkauf rechnen. Auch der Bund wird Kosten übernehmen. Trotzdem bedeuten die Spiele für die hochverschuldete Stadt eine immense Mehrausgabe. Die Sanierung und Förderung des Breitensports bleibt bei dem Projekt mit Sicherheit auf der Strecke.

Etwas Besseres als Olympia!



Feuer & Flamme für Olympia? (<http://nolympia-hamburg.de>)

Rund 150 TeilnehmerInnen hatten sich am 11. April im »Centro Sociale« versammelt, um die KritikerInnen der hamburgischen Olympia-Bewerbung zusammenzuführen. Das Ergebnis dieser »Ersten Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg« war eine Resolution, die wir nachfolgend in diesen BB aufgenommen haben. Wir werden in den kommenden Ausgaben sicherlich das eine oder andere Mal von den Aktivitäten dieses »Anti-Olympischen Komitees« berichten, in dem sich auch eine Reihe von Mitgliedern der LINKEN engagieren.

Nach anfänglichen Kontroversen sind nun auch die GRÜNEN ins unkritische Pro-Olympia-Lager gewechselt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Koalitionsvereinbarungen mit der SPD, sodass DIE LINKE die einzige Partei ist, die den Pro-

test und Widerstand gegen die alleine 50 Mio. Euro kostende Bewerbung der Elbmetropole unterstützt. Im Herbst dieses Jahres soll in einem Referendum festgestellt werden, wie groß die Zahl der BefürworterInnen der Olympischen Spiele dann noch ist. Einige Monate Zeit also, mit guten Argumenten der Medien- und Politikpropaganda entgegenzutreten. Empfohlen sei in diesem Zusammenhang die Website der Initiative <http://www.etwasbesseresalsolympia.org>. Dort werden auch laufend die »Acht Mythen rund um die Hamburger Olympia-Bewerbung« dargelegt und kritisch betrachtet.

Hingewiesen sei zudem auf die »Zweite offene Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg«, die sich am Freitag, den 24. April, um 19.00 Uhr im »Lichtmeß« (Gaußstraße 25) in Ottensen trifft.

Olympische Spiele in Hamburg? Wir haben Etwas Besseres vor.

Lasst uns gemeinsam den Olympia-Wahnsinn stoppen!

Am 21. März hat der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) beschlossen, sich mit Hamburg um die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2024 zu bewerben. Im Herbst sollen Hamburgs Bürger/innen in einem Referendum entscheiden, ob sie dieses Großevent in ihrer Stadt haben wollen.

Wir, die erste offene Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg, wenden uns gegen die Olympia-Pläne der Stadt und sagen Nein:

- Nein zu Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe, die die öffentlichen Haushalte jahrelang belasten werden.
- Nein zu steigenden Mieten und Verdrängung, wie sie überall die Folge waren, wo olympische Spiele stattgefunden haben.

- Nein zur weiteren Versiegelung von Flächen im Zusammenhang mit der Umsiedlung von Hafenbetrieben und dem Neubau von Sportstätten.
- Nein zum Ausverkauf der Stadt an das intransparente Großunternehmen IOC und deren Vertragspartner.
- Nein zu einem Hochleistungssport, der die Sportler/innen nicht zuletzt durch Doping zerstört.
- Nein zu einem Megaevent, das für uns nur im Fernsehen stattfinden wird, während in der ganzen Stadt der Ausnahmezustand zur Regel wird.

Wir, die erste offene Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg, sind für eine soziale und weltoffene Stadt und sagen Ja:

- Ja zur Stärkung des inklusiven Schul- und Breitensports.
- Ja zu einem wirklichen, langfristig gesicherten sozialen Wohnungsbau.
- Ja zu einem Hamburg, das für alle offen ist.
- Ja zu einer Stadt, die sich an den Bedürfnissen der Bewohner/innen orientiert.

Es geht um sehr viel. Weil wir an Hamburg hängen und weil wir hier wohnen bleiben wollen, werden wir gegen die Pläne von DOSB, Hamburger Sportbund, Senat und Handelskammer aktiv. In den nächsten Monaten werden wir über die Folgen Olympischer Spiele in der Stadt informieren. Wir werden zeigen, dass es in Hamburg eine starke Opposition gegen Olympische Spiele gibt. Unser Ziel ist es, die Austragung der Spiele in Hamburg zu verhindern – ob 2024 oder 2028.

Lasst uns gemeinsam den Olympia-Wahnsinn stoppen!

Erste offene Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg, 11. April 2015 – www.etwasbesseresalsolympia.org

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Auch wenn 2014 Lichtjahre zurückzuliegen scheint, den einen oder die andere interessiert sicher der **sati-rische Jahresrückblick** auf das verflossene Jahr: »Mit leichter Feder« und erinnerswerten Spots schaut NDR-Autor Andreas Hilmer auf Höhen und Tiefen der Stadt 2014 zurück. Zu finden ist die kurzweilige Viertelstunde unter www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg-journal/Das-politische-Jahr-in-Hamburg.hamj39766.html.

»Alle Menschen haben nach dem Informationsfreiheitsgesetz das Recht, Informationen und Dokumente von Behörden zu erhalten.« So (schön) liest es sich auf der Website mit dem Titel **Frag den Staat**, im Netz zu finden unter <https://fragdenstaat.de>. Dort kann zurzeit in rund 4.800 Anfragen und bei ca. 6.000 Behörden recherchiert werden. Ganz interessant. Und kostenfrei.

Zwischen 6.000 und 22.000 Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere lebten 2009 in Hamburg, so die damalige Schätzung. Eine erhebliche Zahl von Menschen und Schicksalen, die in den vergangenen Jahren nicht kleiner geworden sein dürfte. Über die katastrophalen Lebens- und Wohnbedingungen der Betroffenen informiert die zwar schon im Oktober 2009 von der Diakonie veröffentlichte, nichtsdestoweniger sehr informative Broschüre **Menschen ohne Papiere**. Die 229seitige Studie (es gibt auch eine Kurzfassung) ist im Netz abrufbar unter www.diakonie-hamburg.de/web/fachthemen/migration-integration/Menschen-ohne-Papiere.



Nur noch knapp drei Wochen lässt sich eine Online-Petition unterzeichnen, mit der die seit Jahren erhobene Forderung bekräftigt wird, das **Hallen- und Freibad Ohlsdorf** zu unterhalten. Ein erfolgreicher Bürgerentscheid zugunsten des Erhalts wird unterminiert, weder Senat noch die Bäderland GmbH werden aktiv, das marode Bad zu sanieren. Unterschreiben kann mensch hier, und zwar bitte möglichst bald: <https://www.openpetition.de/petition/online/gemeinsam-retten-wir-das-hallen-und-freibad-ohlsdorf-ohne-grundstücksverkauf-und-ohne-wohnbebauung>.

[openpetition.de/petition/online/gemeinsam-retten-wir-das-hallen-und-freibad-ohlsdorf-ohne-grundstücksverkauf-und-ohne-wohnbebauung](https://www.openpetition.de/petition/online/gemeinsam-retten-wir-das-hallen-und-freibad-ohlsdorf-ohne-grundstücksverkauf-und-ohne-wohnbebauung).

In Erinnerung an die Tschernobyl-Katastrophe vor 29 Jahren gibt es am **Sonntag, den 26. April**, einen Aktionstag in Brokdorf. Die 3. Protest- und Kulturmeile samt Demonstration unter der Parole **Tschernobyl mahnt: Brokdorf abschalten** beginnt um »vier vor zwölf« am AKW Brokdorf. Mehr unter www.akw-brokdorf-abschalten.de.





Die Empörung über die »Handelsabkommen« TTIP, CETA und Tisa ist groß, werden dadurch doch absehbar wichtige soziale Errungenschaften und demokratische Standards ausgeschaltet. Auch der Protest wächst und hat sich nun in einem **Netzwerk Stoppt TTIP, CETA und Tisa** zusammengeschlossen. 17 Organisationen haben sich im September 2014 zusammengefunden. Nun bildet sich auf ein **offener Arbeitskreis**, der das erste Mal am **Dienstag, den 28. April**, um 19.00 Uhr im Kulturladen St. Georg (Alexanderstraße 16) tagt.

Die Schulberatung des Hamburger Verkehrsverbundes (www.hvv-schulberatung.info) veranstaltet gemeinsam mit dem Netzwerk JUNO (= Junge Menschen und Mobilität, www.juno-online.de) am **Dienstag, den 5. Mai** (10.00-22.00 Uhr), sowie am **Mittwoch, den 6. Mai** (9.00-14.00 Uhr), im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (Weidenstieg 2) eine **Fachtagung zum Thema Grundrecht Mobilität**. Geboten werden interessante Vorträge und Workshops an der Schnittstelle von Lebensstilen und Ressourcenverbrauch einerseits und Mobilität und Verkehr andererseits. Mehr zum Ablauf und Anmeldung unter www.juno-online.de. Die Teilnahmegebühr ist mit 200 Euro allerdings nicht von Pappe.

Der kapitalismus- und globalisierungskritische Film **Wer rettet wen? Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit** läuft in Hamburg auch weiterhin. Das nächste Mal kann der 104minütige Streifen von Leslie Franke und Hermann Lorenz am **Donnerstag, den 7. Mai**, um 17.00 Uhr im Klub des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 62) gesehen werden. Veranstalter ist der ver.di-Landesbezirk, der um Anmeldung bis zum 24. April unter ressort1.hamburg@verdi.de bittet.

Um die **Wilhelmsburger Eckpunkte 2015-2020** geht es auf einer Veranstaltung des Vereins Zukunft Elbinsel am **Donnerstag, den 7. Mai**, um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20). Der Ratschlag soll Anregungen geben, was die engagierten ElbinsulanerInnen in der neuen Bürgerschaftsperiode erreichen wollen.



Noch stehen die City-Hochhäuser, für deren Erhalt sich die »Initiative City-Hof« einsetzt. Sie lädt für **Samstag, den 9. Mai**, von 10.00 bis 18.00 Uhr zu einer **City-Hof-Werkstatt** ein, bei der über den Stand und die weiteren Aktionen beraten wird, bei der aber auch Siebgedrucktes und »Werbeartikel« (z.B. Soli-T-Shirts) entstehen sollen. Es wird um Eintragung in den Terminoodle gebeten: <http://doodle.com/58wm8dqsp6mtap6c>.

Ein »taz«-Salon zu Olympia ist für **Dienstag, den 9. Mai**, um 19.00 Uhr im Haus 73 (Schulterblatt 73) geplant. TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion sind Michael Vesper vom Deutschen Olympischen Sportbund, Innen- und Sportsenator Michael Neumann, der taz-Sportjournalist Andreas Rüttenauer sowie Heike Sudmann seitens der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE. Die Moderation obliegt Sven-Michael Veit.

Wer es nicht kennt, sollte einen Blick wagen – in Hamburgs zurzeit wohl noch unbekanntestes Museum. Unterhalten wird es vom Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V., der die 170jährigen Traditionen der ehemals starken gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Zweige der Arbeiterbewegung aufrechterhält und noch heute allerlei Genossenschaften von der Drachenbau-Wohngenossenschaft bis zur taz unter einem Dach vereinigt. Am **Montag, den 11. Mai**, kann das **Hamburger Genossenschafts-Museum** besichtigt werden, und zwar um 19.00 Uhr im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60), Ebene 11. Danach gibt es im benachbarten »Klub« (Besenbinderhof 62) eine Lesung von Dr. Burchard Bösche aus der Biografie des Genossenschafters, Gewerkschafters und Sozialdemokraten **Adolph von Elm**. Moderiert wird das Ganze von Wolfgang Rose.



Stadtentwicklung: Weiter so – mit Grün geht's!

von Heike Sudmann



Foto: Michael Joho

Optimistische Menschen hoffen, dass die wenigen Monate vor einer Bürgerschaftswahl nicht nur zu vielen Versprechungen und bunten Plakaten, sondern auch zu neuen Einsichten und positiven Veränderungen nach der Wahl führen. Ein Blick in das Kapitel »Wohnen und Stadtentwicklung« des Koalitionsvertrages zerstört diese Hoffnungen grundlegend. Olaf Scholz scheint bei dem von ihm so genannten »grünen Anbau« noch nicht mal Fenster eingebaut zu haben, sonst würden die GRÜNEN sehen, dass die SPD so weitermacht wie bisher.

Weiterhin zu wenige Sozialwohnungen

6.000 neue Wohnungen pro Jahr – dieses Credo aus dem alten Regierungsprogramm gilt weiter. Wie viele Wohnungen davon Mietwohnungen sein sollen, lässt sich allerdings nicht erkennen. Auch wenn das Wort »Eigentumswohnung« im Koalitionsvertrag nicht vorkommt, sollte sich niemand der Hoffnung hingeben, dass jetzt 6.000 preisgünstige Mietwohnungen jährlich gebaut würden. Selbst bei den 2.000 geförderten Wohnungen hat sich Rot-Grün nicht festgelegt, wie hoch der Anteil der klassischen Sozialwohnungen (so genannter 1. Förderweg) sein soll. Die aktuellen Zahlen aus 2012, die der Senat jetzt auf meine Anfrage hin bekanntgegeben hat (Drucksache 21/110 vom 27.3.2015), zeigen den weiter wachsenden Mangel an Sozialwohnungen auf. Im Jahr 2012 war bei insgesamt 367.000 Hamburger Haushalten das Einkommen so gering, dass sie Anspruch auf eine im 1. Förderweg errichtete, klassische Sozialwohnung hatten. Doch es standen nur 96.854 Sozialwohnungen zur Verfügung, d.h., dass nur etwas mehr als ein Viertel der berechtigten Haushalte überhaupt die Chance hatte, eine Sozialwohnung zu beziehen. Auch der neue rot-grüne Senat lässt diese Menschen buchstäblich im Regen stehen.

Überhaupt findet sich im Koalitionsvertrag keine Strategie, wie kostengünstige Wohnungen erhalten bzw. geschaffen werden können. Einzig bei der Mietpreisbremse, die durch die vielen Ausnahmen ihrem klangvollen Namen nicht gerecht wird, gibt es ein Bekenntnis zur hamburgweiten Anwendung.

Wundersame Vermehrung der Wohnungen auf 1 Million

Der rot-grüne Senat will im Wohnungsbau hoch hinaus, sein Ziel im Koalitionsvertrag heißt: »Bis zum Anfang der 20er Jahre sollen in Hamburg 1 Mio. Wohnungen verfügbar sein.« (S. 54) Sehen wir uns die aktuellen Zahlen des Statistikamtes Nord von Anfang März 2015 (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/arbeits_und_soiales/F_II_1_2_4_j_H/F_II_1%2C2%2C4_j12_HH_nach_Zensus.pdf) an, zeigt sich eine große Differenz. Ende 2012 gab es in allen Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern zusammen 881.672 Wohnungen. Werden die Wohnungen in Nichtwohngebäuden und in Wohnheimen hinzugezählt, betrug der Wohnungsbestand in Hamburg genau 911.164 Wohnungen. In zehn Jahren knapp 90.000 neue Wohnungen – die lassen sich bei den Zielvorgaben des Senats (6.000 Neubauwohnungen pro Jahr) und den gleichzeitig stattfindenden Wohnungsabrissen schon rein rechnerisch nicht verwirklichen.

... und eine »maßvolle Verdichtung«?

Das Bemühen des rot-grünen Senats um eine »maßvolle Verdichtung«, um den Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung, um eine Verhinderung des flächenverschwendenden Bauens und um »urbane Dichte mit hoher Freiraumqualität« ist grundsätzlich unterstützenswert. Doch in der Realität zeigt

sich, dass die Innenentwicklung in einigen Quartieren eine zu enge Bebauung produziert, wie z.B. in Ottensen. Auch beim Neubau hat der SPD-geführte Senat keine Hemmungen (gehabt), zu klotzen. Ein befreundeter Architekt schrieb mir zu einzelnen Arealen in der Neuen Mitte Altona:

»Als Städtebauer bin ich empört und erschüttert: die städtebauliche Dichte (GFZ, Geschossflächenzahl) soll dort bei 4,05 und bei einer Bebauung mit 5 bis zum Teil 7 Geschossen liegen. Das ist in meinen Augen übelster spekulativer Wohnungsbau. Der so genannte Innenhof dieses Baublocks wird unter diesen Umständen kaum mehr als ein Lichtschacht sein... Hier wird offenbar die hohe Nachfrage nach Wohnungsbaumöglichkeiten für Baugemeinschaften schamlos ausgenutzt.

Nur zum Vergleich: Die berühmte Großsiedlung Steilshoop hat eine städtebauliche Dichte von 1,2, die als Hochhausiedlung gebrandmarkten Grindelhochhäuser von 1,6. In dem ehemaligen Arbeiterquartier Falkenriedterrassen und den allerdichtesten Wohnquartieren aus der Gründerzeit zum Beispiel in Eppendorf (Haynstraße) oder in Winterhude (Am Schinkelplatz) haben wir eine städtebauliche Dichte von etwa GFZ 2,4. Hier war man bis vor dreißig Jahren nach dem Motto aus den 50er Jahren »Licht, Luft und Sonne« geneigt, eine solche Bebauung wegen der unmenschlichen Wohnverhältnisse abzureißen.

Bei aller Liebe zu Innenentwicklung und Nachverdichtung – jetzt baut die Stadt etwas, was alle Maßstäbe und Normen sprengt, die Höchstgrenzen der Baunutzungsverordnung für Wohnnutzung in allgemeinen Wohngebieten von 1,2 um das mehr als Dreifache überschreitet und bauliche Dichten erreicht, die fast den berühmten Berliner Hinterhöfen aus der Gründerzeit gleichkommen (städtebauliche Dichte in Kreuzberg etwa GFZ 5-5,7)... Dieses wird auch dann nur unzureichend kompensiert, wenn die Bebauung an einen Park grenzt, denn das kommt nur der einen Blockseite wirklich zugute...«

Stadtentwicklung mit den BürgerInnen?

Keine Regierung wird sich heutzutage gegen eine Beteiligung der BürgerInnen aussprechen. Doch was heißt Beteiligung und was ist wirkliche Mitsprache? Im Koalitionsvertrag finden sich auch hier keine neuen Ansätze. Die Stadtwerkstatt soll fortgeführt werden, zusätzliche Beteiligungsangebote bei strittigen Planverfahren sind nicht neu, sondern schon z.B. bei der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße angewandt worden – ohne bindende Wirkung für den Senat.

Die Beteiligungsangebote vor Ort, z.B. durch Stadtteil- und Quartiersbeiräte, werden nicht gestärkt. Ist das jeweilige Förderprogramm beendet, dürfen sich die Beteiligungsräte weiterhin jährlich um die Mittel aus den viel zu niedrig angesetzten bezirklichen Quartierfonds streiten.

Soziale Spaltung – nicht schön, aber keine Notwendigkeit für mehr Mittel für RISE

Apropos Förderprogramme: Nicht nur DIE LINKE, sondern auch die GRÜNEN haben in der letzten Legislatur die Kürzung der Mittel für die soziale Stadtteilentwicklung (Rahmen-

programm Integrierte Stadtteilentwicklung = RISE) heftig kritisiert. Jetzt haben sich die GRÜNEN anscheinend damit arrangiert, jedenfalls findet sich im Koalitionsvertrag kein Wort einer Aufstockung der hamburgischen Mittel für RISE. Und das trotz der Erkenntnis der KoalitionärInnen: »Die soziale Spaltung der Stadt bleibt weiterhin ein großes Problem.« (S. 60)

Dieser Koalitionsvertrag wird die soziale Spaltung in Hamburg nicht wirkungsvoll bekämpfen. Für DIE LINKE gibt es also auch unter Rot-Grün viel zu tun.



DIE LINKE in der Bürgerschaft: Wer ist wofür zuständig?

Sabine Boeddinghaus, Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Bildung und Schule, Familie und Jugend

Deniz Celik, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Gesundheit und Gewerkschaften

Martin Dolzer, Sprecher für Europa, Frieden, Wissenschaft, Justiz, Queer

Norbert Hackbusch, Sprecher für Haushalt, Kultur, Hafen und öffentliche Unternehmen

Inge Hannemann, Sprecherin für Arbeitsmarkt

Stephan Jersch, Sprecher für Wirtschaft, Umwelt und Technologie, Medien- und Netzpolitik, Landwirtschaft, Bezirke

Cansu Özdemir, Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Frauen, Soziales, Inklusion

Christiane Schneider, Sprecherin für Antifaschismus, Flüchtlinge, Innenpolitik, Religion, Verfassungspolitik

Heike Sudmann, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Verkehr, Stadtentwicklung und Wohnen

Mehmet Yildiz, Sprecher für Kinder und Sport

Alle Abgeordneten sind unter der Mailadresse Vorname.Name@linksfraktion-hamburg.de zu erreichen.

1. Mai: »Die Arbeit der Zukunft gestalten wir«



Foto: Michael Joho

Unter diesem Titel mobilisiert der Deutsche Gewerkschaftsbund zum diesjährigen 1. Mai. Der Aufruf (s.u.) liest sich recht ungewöhnlich, formuliert er doch vor allem Fragen. Neben anderen Veranstaltungen, die am Freitag, den 1. Mai, stattfinden, sind es vor allem die traditionellen drei DGB-Demonstrationen, die das Straßenbild bestimmen werden (s. auch im Netz unter <https://hamburg.dgb.de/-/4Ap>):

In der Innenstadt startet um 11.00 Uhr die Demonstration am Rödingsmarkt, um 12.00 Uhr findet die Kundgebung auf dem Fischmarkt statt mit Reden von Katja Karger (Hamburgs DGB-Vorsitzende), Sophie Binet (Vorsitzende der CGT-Angestelltenengewerkschaft in Frankreich) und Stephanie Holtz (DGB-Gewerkschaftsjugend), Musik spielen Tubeart Superbrass & Buena Leche.

In Bergedorf geht die Demonstration bereits um 9.30 Uhr Start am Lohbrügger Markt los, um 11.00 Uhr beginnt die Kundgebung im Rathauspark mit Ernst Heilmann (DGB Bergedorf), Arne Dornquast (Bezirksamtsleiter Bergedorf), Klaus Wicher (Landesvorsitzender des Sozialverbandes Deutschland e.V.) und Michael Petersen (Betriebsratsvorsitzender federalmogul), den musikalischen Rahmen setzt »Rock die Straße«.

In Harburg machen sich die KollegInnen um 10.00 am Sand auf den Weg, die Kundgebung startet um 11 Uhr im Kulturzentrum Rieckhof mit Reden von Detlef Baade (DGB Harburg), Hüseyin Yilmaz (Landesseniorenbeirat) und Joachim Bischoff (Publizist, ehemaliger Abgeordneter der LINKEN in der Bürgerschaft), die Musik kommt von der Sambagruppe Baianada, Cosmo Polka.

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit 2015

Seit 125 Jahren demonstrieren die Gewerkschaften am 1. Mai für die Rechte der arbeitenden Menschen. Wir haben viel erreicht – und noch viel vor. Wir haben den Mindestlohn von 8,50 Euro durchgesetzt, der seit Januar gilt, und mit dem Rentenpaket mehr soziale Gerechtigkeit erreicht. Doch das ist nicht genug. Wir stellen uns den neuen Fragen! Denn die Arbeitswelt ändert sich rasant, mit neuen Chancen, aber auch neuen Unsicherheiten. Wir wollen diesen Wandel gemeinsam angehen – für mehr gute Arbeit, damit alle etwas davon haben.

Gute Arbeit für eine gute Zukunft! Wir wollen die Arbeit der Zukunft gestalten!

Wollt Ihr Euch ein gutes Leben aufbauen – und nicht nur für die Arbeit leben? | Wollt Ihr, dass das Lohndumping aufhört und der gesetzliche Mindestlohn ohne Ausnahme gilt? | Wollt Ihr sichere Arbeitsplätze statt Leiharbeit, Werkverträge oder Minijobs? | Wollt Ihr flexibler arbeiten und mehr Zeit fürs Privatleben, ohne dass Ihr jederzeit verfügbar sein müsst? | Wollt Ihr, dass mehr auf Eure Gesundheit geachtet wird und der Arbeitsstress ein Ende hat? | Wollt Ihr mehr Unterstützung, um Euch weiterentwickeln und auch Neues wagen zu können? | Wollt Ihr, dass Ihr fit bis zur Rente arbeiten könnt – und die Rente auch wirklich zum Leben reicht? | Wollt Ihr im Betrieb mehr mitbestimmen, wie die Arbeit von heute und morgen aussieht? | Wollt Ihr, dass es endlich selbstverständlich wird, dass Frauen gleich viel verdienen wie Männer? | Wollt Ihr eine bessere Bildung und Ausbildung für Eure Kinder, bezahlbare Energie, Kitas und Schwimmbäder? | Wollt Ihr, dass Arbeitslose nicht in Hartz IV abstürzen und Millionen Menschen in Armut leben müssen? | Wollt Ihr, dass die oberen Zehntausend einen angemessenen Beitrag für unser Gemeinwohl leisten? | Wollt Ihr eine offene und solidarische Gesellschaft, die Nazis und Rassisten keine Chance gibt? | Wollt Ihr in einem friedlichen und sozialen Europa leben?

Wenn Ihr die Arbeit der Zukunft gestalten wollt – macht mit! Die deutschen Gewerkschaften rufen auf:

Hinaus zum 1. Mai!

Wir wollen Gute Arbeit, sozialen Fortschritt und keinen Stillstand. Wir wollen soziale Gerechtigkeit und kein Zurück zur neoliberalen Klientelpolitik! Das gilt für alle Parteien. Sie sollen uns hören und sehen!

»Refugees Welcome«



Foto: Christiane Schneider

Aus – wieder einmal – aktuellem Anlass dokumentieren wir hier ebenfalls den Aufruf von Recht auf Stadt zur Demonstration für die Rechte von Geflüchteten am 1. Mai.

Rot-Grün ignoriert Refugees: Wir sind wütend!

Seit der Koalitionsvertrag der neuen rot-grünen Regierung veröffentlicht wurde, ist klar, dass es ... keine nennenswerten Verbesserungen für Geflüchtete in Hamburg geben wird. Für zweieinhalb Senatsposten und neue Fahrradwege verraten die Grünen die Idee, dass Geflüchtete gleiche Rechte wie alle Menschen in dieser Stadt haben sollen, und lassen die Gruppe Lampedusa in HH in ihrem Kampf um ein kollektives Bleiberecht im Stich. Das ist also davon zu halten, wenn Katharina Fegebank und andere Grüne Geflüchtete ihre »Freunde« nennen! Auch weiterhin wird Hamburg selbst in den Wintermonaten abschieben, die Ankündigung, eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten zu ermöglichen, bleibt extrem vage und minderjährige Flüchtlinge sollen künftig in »geschlossenen Einrichtungen« eingesperrt werden können. Die Gruppe Lampedusa in Hamburg ... wird im Koalitionsvertrag nicht mal erwähnt. Wie schon vor eineinhalb Jahren schlägt der Senat erneut eine Einzelfallprüfung vor und würde das am liebsten auch noch als politische Lösung verkaufen. Die Grünen haben ihre Wahlversprechen gebrochen. Spätestens jetzt muten ihre flüchtlingspolitischen Forderungen, angesichts dessen, wie leichtfertig sie aufgegeben wurden, wie billiger Stimmenfang an. Hinter der mündlichen Solidarisierung mit den Geflüchteten, die sich ein würdigeres Leben erhoffen, steckt am Ende wohl nur Wahlkampf kalkül.

Gleichzeitig finden ... wieder vermehrt rassistische Kontrollen auf St Pauli statt. Menschen werden, offensichtlich auf Grund ihrer Hautfarbe, von der Polizei aufgefordert, sich auszuweisen. Auf Bundesebene steht eine Asylrechtsverschlechterung an, wie es sie seit den 90ern nicht mehr gab. Unter anderem soll es nach dem Willen von de Maiziere & Co. viel leichter gemacht werden, Menschen in Abschiebehaft zu stecken. Der strukturelle Rassismus der staatlichen Institutionen kommt hier offen zu Tage. Das sind viel zu viele Gründe, um wütend zu sein!!! Wir wollen uns nicht wegducken. Die Forderungen, für die am 31. Januar 8000 Menschen auf die Straße gegangen sind, haben nichts an ihrer Wichtigkeit verloren! Auch weiterhin stehen wir für gleiche Rechte für alle ein! Jetzt erst recht: Recht auf Stadt kennt keine Grenzen!

Kommt zur 14.00 Uhr-Demo am ersten Mai! Lasst uns laut werden und unseren Unmut ausdrücken: Über die Ignoranz gegenüber der täglichen Situation Geflüchteter und dem permanenten Rassismus, dem unzählige Menschen in diesem Land ausgesetzt sind! Lasst uns dem neu gewählten Senat zeigen, dass sich diese Themen nicht einfach aussitzen lassen. Refugees Welcome!

1. Mai, 14 Uhr, Millerntorplatz/U-Bahnhof St. Pauli
– <http://nevermindthepapers.noblogs.org>

Grandiose Feier für Rolf Becker



Foto: Mathias Thurn

Es war eine berührende, mal erheiternde, mal aufklärerische, mal tränenreiche, auf jeden Fall eine grandiose Geburtstagsfeier für Rolf Becker am 18. April. Mehr als 1.100 Gäste hatten sich zur Matinee im Schauspielhaus eingefunden, um den Schauspieler und Rezipienten zu feiern, den für die verschiedenen sozialen Bewegungen und gegenwärtig vor allem für das griechische Volk eintretenden Kämpfer, den »sanften Rebell« (so der Titel eines halbstündigen MDR-Porträts, siehe unter www.mdr.de/mediathek/fernsehen/sendung516418_zc_7931f8bf_zs-2d7967f4.html), den Weggefährten der VVN, des Auschwitzkomitees, der Lampedusa-Flüchtlinge, der Gewerkschaften, der Gruppe Arbeiterpolitik, der Obdachlosenmärsche, verschiedener Geschichtswerkstätten und St. Georger Stadtteilinitiativen und nicht zuletzt – wenn auch in kritischer Distanz – der LINKEN in Deutschland und in Hamburg. Das gut zweistündige Programm war z.T. ein kleines

Stelldichein fortschrittlicher Kulturschaffender unserer Stadt und seines Stadtteils St. Georg. Beteiligt waren: Ben Becker, Meret Becker, Esther Bejarano, Simone Borgstede, Matthias Botsch, Stadtteilchor Drachengold, Gerhard Folkerts, Niels Frédéric Hoffmann, Michael Joho, Fabian Kenk, Efim Kofman, Gunter Marwege, Ingo Müller, Helga Obens, Norman Paech, Peggy Parnass, Lisa Politt, Jojo Röhm, Karl Heinz Roth, Julia Schilinsky, Gunter Schmidt, Rita Thiele und – als glänzender Moderator – Michael Weber. Der beträchtliche Spendenüberschuss aus der Veranstaltung geht übrigens an das 2011 gegründete Arbeitslosenzentrum Perama. Diese zwischen Piräus und Athen gelegene Stadt weist mit 70% die höchste Erwerbslosenquote in ganz Griechenland aus.

Wir freuen uns über den großen Anklang, den die Feier gefunden hat, und sagen Rolf nochmals alles Gute zum 80. Geburtstag nachträglich!

Hamburgs Osten – ein Modellprojekt?

Von Jochen Hanisch



Freifläche in Rothenburgsort (M. Joho)

Kann der Hamburger Osten ein Modell zur Wiedergewinnung des Politischen über die deregulierte Ökonomie werden? Kurz vor der heißen Phase des Bürgerschaftswahlkampfes veröffentlichte der Senat eine Broschüre mit dem Titel »Stromaufwärts an Elbe und Bille – Wohnen und urbane Produktion in Hamburg Ost«. Mittlerweile versuchen die üblichen Verdächti-

gen in Hamburg die Olympiabegeisterung in der Bevölkerung anzufachen (»Feuer und Flamme...«). Die veröffentlichten Plan-

Dr.-Ing. Jochen Hanisch, Landschafts- und Umweltplaner, Honorarprof. an der TU Berlin, Lehrbeauftragter an der Leuphana-Universität Lüneburg, Mitglied der LINKEN.

skizzen für die Olympiabewerbung zeigen den Kleinen Grasbrook im östlichen Freihafen als zentrale Wettkampfstätte, die nach Abschluss der Olympiade neben Sportstätten auch viele Wohnungen für Hamburg hinterlassen soll. Betrachtet man die gesamte Entwicklung am Hafen-Nordrand und im mittleren und östlichen Freihafen seit Beginn der 1990er Jahre, wird deutlich, dass die Transformation der »alten Hafenstadt« in die postmoderne Dienstleistungsstadt in einer Dynamik stattfindet, mit der vor 20 Jahren so kaum einer gerechnet hätte.

Die Besonderheit Hamburgs als internationale Hafenstadt besteht in dem Umstand, dass der Hafen mitten in der Stadt liegt. Die technologischen Revolutionen des globalisierten Güter- und Warenaustauschs, die Containertechnologie und die stets wachsenden Schiffsgrößen haben weltweit dazu geführt, dass alte Hafenstädte ihre »Waterfront-Areas« aufgeben mussten. Entweder wurden diese Zonen zu Wohn- und Dienstleistungszentren in den neuen Innenstadtlagen umgewandelt (London, Buenos Aires) und die neuen Hafenanlagen außerhalb der Kernstädte neu eingerichtet (z.B. Rotterdam). In Hamburg wurden die neuen Containeranlagen im westlichen Hafengebiet errichtet, mit inzwischen katastrophalen Folgen für die landseitigen Verkehrsverhältnisse und mit ständigen Problemen der Schifffahrt auf der Elbe wegen zu großer und zu breiter Schiffe, die auch nach der möglichen weiteren Vertiefung und Verbreiterung der Fahrrinne alles andere als gelöst sein werden. Die »Westentwicklung« des Hamburger Hafens eröffnete neue städtebauliche Perspektiven. Sie begann mit der HafenCity, dem Sprung über die Elbe Richtung Wilhelmsburg und Harburg und soll jetzt fortgesetzt werden Richtung Osten, vervollständigt durch die Olympiaplanung im Zentrum des östlichen Freihafens.

Die Ausgangslage

Seit Jahrzehnten wird erbittert über diese Entwicklungen diskutiert, das politische Establishment hat dabei jede Alternativen-Debatte verweigert, die es ja durchaus gegeben hätte. Wir sind also damit konfrontiert, dass sich der technologische und ökonomische Strukturwandel in veränderten Stadtstrukturen manifestiert und wir, das heißt die Öffentlichkeit, oder die »Mehrheit der Gesellschaft«, gar nicht mehr gefragt werden, wie wir uns die eigene Stadtzukunft vorstellen. Die Beteiligungsangebote entpuppen sich als Werbeveranstaltungen zur möglichst geräuschten Konsensbildung, und wer dann trotzdem und aus gefühlter Hilflosigkeit diesen Konsens verweigert, gerät schnell in die Ecke des alles ablehnenden Störers und Chaoten.

Es geht nicht darum, den Wirtschafts- und Strukturwandel zu verhindern. Es geht darum, der »Alternativlosigkeit« der kapitalistischen Renditelogik eine Politik gegenüberzustellen, die gesellschaftspolitischen Zielen wie Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zum Durchbruch verhilft. Es geht um die Wiederherstellung des politischen Primats gegenüber einer deregulierten Marktökonomie, die keine Lösungen bereithält für die Probleme, die sie selbst am laufenden Band generiert.

Hamburg wurde zur Teststadt der alliierten Bombenkriegsführung im Zweiten Weltkrieg (vgl. Hanke u.a. 1993, S. 23ff.).

Großflächige Bombardements von Wohngebieten sollten die Loyalität der Menschen mit dem Nazi-Regime untergraben. Größte Zerstörungen erlebte der Hamburger Osten, der bis heute gezeichnet ist von den Kriegsfolgen und dem schnellen Wiederaufbau in den 1950er und 60er Jahren.

Der Hamburger Osten verdient eine städtebauliche Erneuerung

Nach dem »Sprung über die Elbe Richtung Süden« (Wilhelmsburg/Harburg) folgt der »Sprung über die Elbbrücken« Richtung Osten. Würden die Ideen für die citynahen Olympianlagen auf dem Kleinen Grasbrook, direkt gegenüber der HafenCity, realisiert, erscheint eine städtebauliche Vision der nahezu vollständigen Transformation des mittleren und östlichen Hafengebiets in eine postmoderne Stadt. Ein Traum für jeden Oberbaudirektor, der sich auf den Spuren des legendären Fritz Schumacher wandeln sieht.

Eine aufwändige Konzeptstudie zur Entwicklung des Hamburger Ostens (»Stromaufwärts an Elbe und Bille«) wurde im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt von mehreren Planungsbüros erstellt und im Jahre 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die vorgelegte Broschüre über die Konzeptplanung verkörpert durch Inhalt, Aufmachung und Präsentation einen Stand, der eine weitere öffentliche Diskussion nahezu überflüssig erscheinen lässt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die BürgerInnen auf dieses Produkt der Politik ebenso wenig interessiert reagieren wie auf das Angebot, die »Regierenden« wählen zu dürfen. Die Politik wird als das erkannt, was sie in Wirklichkeit ist: das Versprechen auf demokratische Teilhabe als Mogelpackung. Denn auf die weiteren Abläufe kann kaum noch Einfluss genommen werden. Gesucht werden InvestorInnen, die einzelne Standorte entwickeln. Die Menschen spüren das und entziehen sich dieser Symbolpolitik. Das wird unter Scholz/Fegebank weiter zunehmen. Für den erfolgreichen Merkel-Scholzismus genügen ja heute schon 40% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 50%.

Hier manifestiert sich ein Problem, das sehr ernst genommen werden muss. Wolfgang Streeck (2015) beschreibt das Ende des Kapitalismus und benennt fünf Störungen, an denen der Kapitalismus (wie wir ihn kennen) zugrunde geht: Stagnation, oligarchische Umverteilung, Plünderung der öffentlichen Sphäre, Korruption und globale Anarchie (S. 113). Diese Störungen konnten in Folge des historischen Sieges über den realen Sozialismus einen systemsprengenden Umfang annehmen.



Radtour im Osten, 21.9.2014 (M. Fisch)

Wenn durch Überakkumulationskrise und grenzenlose Produktion virtuellen Geldes die Investitionsbereitschaft des privaten Kapitals erlahmt, wenn Zinsen auf fast Null gesenkt werden, um vielleicht doch noch private Investitionen anzukurbeln, wenn wegen abenteuerlicher Finanz- und Kreditblasen (»Bubble-Ökonomie«) in Not geratene Banken über Staatsgarantien gerettet und die daraufhin hoch verschuldeten öffentlichen Haushalte einer Sparpolitik unterzogen werden mit der Folge gewaltiger Sozial- und Infrastrukturdefizite, die wiederum wegen des Verschuldungsverbots nur über Private Public Partnership-Konstrukte behoben werden können – zu ungleich höheren Kosten (vgl. Werner Rügemer, 2014), dann ist das Ganze mit Wahnsinn nur ansatzweise angemessen charakterisiert. Das politische Establishment lebt in der permanenten Angst, dass hinter der Fassade aufgeregter und vorgeblich zukunftsweisender Projekte (HafenCity, Sprung über die Elbe, Olympia) immer deutlicher wird, dass es nur noch getrieben wird von den Zwängen der deregulierten Marktwirtschaft, die eine Krise nach der anderen produziert.

Die Gelegenheit für die Linke

Warum sollen wir die Selbstentmachtung der etablierten Politik (vgl. Streeck 2015) akzeptieren? Was spricht dagegen, das vorhandene politische und rechtliche Instrumentarium für die Entwicklung einer nachhaltigen und sozial gerechten Stadt auch wirklich einzusetzen? Wenn das Wirken der deregulierten Märkte die gewünschten Ziele nicht nur nicht erreicht, sondern reale Verschlechterungen produziert, warum dann nicht darüber nachdenken, wie das Primat der Politik wieder gestärkt werden kann? Das ist die Gelegenheit für DIE LINKE, sich als einzige echte Oppositionspartei für die Rückgewinnung des politischen Primats über die Ökonomie einzusetzen.

Denn es gibt Alternativen: Der griechische Finanzminister legte in Zusammenarbeit mit renommierten Ökonomen eine kleine Schrift vor, in der gezeigt wird, was unter dem Ansatz, das Primat der Politik wieder zu stärken, gemeint sein könnte und wie die Staatschuldenkrisen entschärft werden könnten (vgl. Galbraith u.a. 2015).

In Wilhelmshaven gibt es einen natürlichen Tiefwasserhafen, der Teil der Lösung sein könnte, als Element einer länderübergreifenden Regional- und Verkehrsplanung (»Coastal Zone Management«) – der Klimawandel erfordert ohnehin ein grundlegend verändertes Energie-Management. Nur kleine Andeutungen zu den Aufgaben der Politik, die eigenständig gegen die hybriden Auswucherungen der deregulierten Ökonomie entwickelt und umgesetzt werden müssen.

Phantasie ist gefragt

Die LINKE in der Bürgerschaftsfraktion und in den Bezirken sieht ihre Aufgabe darin, demokratische Positionen zu stärken bzw. zurückzugewinnen. Wenn im Herbst 2015 die Bevölkerung über die Olympiabewerbung abstimmen soll, dann wird sie dies auch in dem Bewusstsein über die städtebaulichen Folgen eines solchen Events tun. Die Privatisierung der Planung, die sich wegen »Schuldenbremse« und »kommunaler Armut« immer weiter ausbreitet, von der Öffentlichkeit und den



In Billbrook (Ajepbah/wikimedia)

politischen Amts- und Entscheidungsträgern als normal und alternativlos hingenommen und sogar gefördert wird, ist der eigentliche Anlass für das Misstrauen gegenüber den propagierten Zielen der Stadtentwicklungspolitik.

Es gibt keine einfachen Antworten. Wie allein die Gewerbeentwicklung im Hamburger Osten verkehrstechnisch bewältigt werden soll angesichts der verheerenden Prognosen für Hamburg, ist ein großes Geheimnis der Stadtplanung. Es ist davon auszugehen, dass die Verantwortlichen selbst nicht ein noch aus wissen, wie das weitergehen soll. Fast täglich wird die Mobilisierung privaten Kapitals für öffentliche Infrastrukturleistungen propagiert (»Hamburger Abendblatt«, 21.4.2015). Man verlässt sich darauf, alternativlos, dass privates Kapital es schon richten wird bei stetigem Abbau der politischen Gestaltungspotenz der öffentlichen Hand.

DIE LINKE wird darauf bestehen, dass es eine echte politisch-demokratische Kontrolle und Begleitung der Planungen geben wird. Eine erste Gelegenheit für den neuen Senat, an der Ehrenrettung demokratischer Teilhabe mitzuwirken, bietet sich aktuell bei den einzuleitenden Schritten für die Erarbeitung strategischer Umweltprüfungen (SUP). Da würden schon die richtigen Fragen gestellt hinsichtlich Nachhaltigkeit usw. – wenn man denn zulässt, dass solche Prüfungen unabhängig und auf fachlich höchstem Niveau erstellt werden. Aber das Risiko, dass die »großen Entwürfe« an einer solchen vorsorglichen Normenkontrolle scheitern könnten, wird von der politischen Klasse, heute repräsentiert von SPD und GRÜNEN, vermutlich nicht eingegangen werden. Trotzdem steht die Forderung im Raum. Es gibt eine theoretische Chance für die Stärkung der Politik in Fragen der Stadt- und Gesellschaftsentwicklung. Man kann gespannt sein. Der Test läuft.

Literatur

- Galbraith, James K./Varoufakis, Yanis/Holland, Stuart (2015): Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise. Unter Mitarbeit von Ursel Schäfer. München.
- Hanke, Christian/Paschen, Joachim/Jungwirth, Bernhard (1993): Hamburg im Bombenkrieg 1940-1945. Das Schicksal einer Stadt. Hamburg.
- Rügemer, Werner (2014): »Heuschrecken« im öffentlichen Raum. Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments (2., aktualisierte und erweiterte Auflage). Bielefeld.
- Streeck, Wolfgang (2015): Wie wird der Kapitalismus enden? Teil II, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2015.

Kulturtipp: Zum 70. Jahrestag der Befreiung



links: Manolis Glezos, rechts: VVN-Programm

18 Jahre alt war Manolis Glezos, als er – zusammen mit seinem Freund Apostolos Sandas – am 30. Mai 1941 die von der Wehrmacht gehisste Hakenkreuzflagge von der Akropolis holte und stattdessen wieder die blau-weiße Fahne Griechenlands hisste. Der Widerstandskämpfer Manolis Glezos überlebte Haft und Folter der Nazis und ist längst zu einer Legende geworden, nicht nur in Griechenland. Heute ist der 93-Jährige Syriza-Abgeordneter im Europäischen Parlament und kommt auf Einladung der Linksfraktion nach Hamburg. Am Samstag, den 2. Mai, um 18 Uhr, wird er im Festsaal des Hamburger Rathauses über die Situation in seinem Heimatland berichten.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! – Dieser berühmte Schwur der Buchenwald-Häftlinge wird in den kommenden Wochen sicher oft zitiert werden. Aus Anlass des weltweit am 8. Mai begangenen 70. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg finden auch in Hamburg viele Dutzend Veranstaltungen statt.

Alleine das von der »Arbeitsgemeinschaft Monat des Gedenkens in Hamburg-Eimsbüttel« gestaltete Programm umfasst rund 60 Veranstaltungen und Aktionen, von denen hier beispielhaft nur eine genannt werden soll, die Eröffnung der von Wilfried Weinke zusammengestellten Ausstellung »Wo man Bücher verbrennt...« am Montag, den 4. Mai, um 14.30 Uhr im Audimax der Universität Hamburg. Die bereits angelaufene Veranstaltungsserie währt noch bis Ende Mai, die einzelnen Termine finden sich hier: www.gedenken-eimsbuettel.de. Ähnlich dimensioniert (28 Seiten Programm) ist die »Woche des Gedenkens in Bergedorf« in der Zeit vom 29. April

bis zum 13. Mai, im Netz unter www.hamburg.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/16/2015/04/WdG_Programmheft_2015_mail_neu.pdf.

Auch die Geschichtswerkstatt St. Georg – sie sei hier stellvertretend für mehrere stadtteilbezogene Initiativen genannt – tritt mit einem kleinen Programm rund um den 8. Mai hervor. Erwähnt sei die Veranstaltung »Vererbte Kriegserfahrungen – was lebt in den Kindern und Enkeln weiter?« mit der Ärztin und Psychotherapeutin Dr. Anna Staufenbiel-Wandschneider. Die Veranstaltung findet am Dienstag, den 26. Mai, um 19.00 Uhr im Besenbinderhof 62 statt, in Kooperation mit dem Kulturverein des Gewerkschaftshauses. Mehr unter www.gw-stgeorg.de.

Und schließlich sei hier das hamburgweite, von rund 50 Organisationen anlässlich des 70. Jahrestages gebildete Bündnis erwähnt. In dessen »Hamburger Erklärung zum 8. Mai 2015« nehmen die UnterzeichnerInnen eine Einschätzung von Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit vor und fordern nicht zuletzt, den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag anzuerkennen. Die Erklärung und das Veranstaltungsprogramm finden sich im Netz unter www.hamburg.vvn-bda.de/wp-content/uploads/sites/16/2015/04/Veranstaltungen-rund-um-den-8.-Mai-2015.pdf.

Besonders hervorgehoben sei hier das »Fest der Befreiung« am Samstag, den 9. Mai, von 14.00 bis 22.00 Uhr in den Hamburger Wallanlagen (nahe dem U-Bahnhof St. Pauli, bei der Minigolfanlage). Das Kulturprogramm bestreiten u.a.: Surfits, Resistencia, David Rovics, Sylvia Wempner und Rolf Becker, Café Royal, One Step Ahead, Sokugayu, Oma Körner.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.